

Das Kolloquium des Instituts für Zeitgeschichte zum 50. Jahrestag der Stalin-Noten im April 2002 hat nicht zuletzt aufgezeigt, wieviel wir immer noch *nicht* über dieses unstrittene historische Ereignis wissen. Jochen Laufer, Mitarbeiter des von der Deutsch-Russischen Historikerkommission geförderten Editionsprojekts über „Die UdSSR und die deutsche Frage“, macht auf der Basis neuer Quellen jetzt deutlich: Die seit 1946 immer nachdrücklicher erhobene Forderung nach einem Friedensvertrag für Deutschland stand auf Seiten der Siegermächte in einem umgekehrten Verhältnis zur tatsächlichen Bereitschaft, die dazu notwendigen Kompromisse einzugehen.

Jochen Laufer

Der Friedensvertrag mit Deutschland als Problem der sowjetischen Außenpolitik

Die Stalin-Note vom 10. März 1952 im Lichte neuer Quellen

Der sieben Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges noch immer fehlende Friedensvertrag mit Deutschland bot Josef Stalin am 10. März 1952 die Möglichkeit, eine spektakuläre Note an die Regierungen der drei anderen Siegermächte zu senden. Das sofort veröffentlichte sowjetische Schreiben präziserte erstmals die Vorstellungen der UdSSR vom Inhalt eines solchen Friedensvertrages¹. Was diese diplomatische Aktion tatsächlich bezweckte und warum sie ihr vorgebliches Ziel nicht erreichte, läßt sich nur beantworten, wenn man berücksichtigt, warum es in den Jahren zuvor nicht zu einem solchen Friedensvertrag gekommen war und wie sich die Position der UdSSR in dieser Frage entwickelte. Letztere Frage versucht dieser Beitrag auf der Grundlage einer 1993 von Ludolf Herbst initiierten deutsch-russischen Quellenedition zu beantworten².

Provoziert wurden die hier vorgestellten Überlegungen durch den von Jürgen Zarusky umsichtig eingeleiteten Band mit Quellen und Analysen zur Vorgeschichte und Relevanz der Stalin-Note³. Die veröffentlichten Dokumente und die Beiträge von Wilfried Loth, Gerhard Wettig und Hermann Graml bringen Klarheit darüber, wie viel wir noch immer nicht über die außenpolitischen Abläufe im Ostblock wissen, die am Beginn der fünfziger Jahre die deutsche Teilung zementierten. Dank gebührt insbesondere Wilfried Loth, der endlich bisher nur

¹ Deutsche Erstveröffentlichung in: Tägliche Rundschau vom 12. 3. 1952.

² Vgl. Georgij Kynin/Jochen Laufer (Bearb.), SSSR i germanskij vopros. 1941–1949: Dokumenty iz Archiva vnešnej politiki Rossijskoj Federacii [Die UdSSR und die deutsche Frage: Dokumente aus dem Außenministerium der Russischen Föderation], Bde. 1–3, Moskau 1996, 2000, 2003 (künftig: Kynin/Laufer, Bd. 1–3). Die deutsche Übersetzung der Edition wird 2004 erscheinen. Alle übrigen russischen Zitate wurden von mir übersetzt.

³ Vgl. Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Neue Analysen, hrsg. von Jürgen Zarusky, mit Beiträgen von Wilfried Loth, Hermann Graml und Gerhard Wettig, München 2002.

bruchstückhaft bekannte Quellen zur Vorgeschichte der Stalin-Note vollständig zugänglich gemacht hat⁴.

1. Zur historischen Dimension der Stalin-Note

Für Wilfried Loth beginnt die Vorgeschichte der Stalin-Note im Februar 1951⁵. Tatsächlich lag Anfang 1951 im sowjetischen Außenministerium mindestens ein Entwurf der „Grundlagen des Friedensvertrags mit Deutschland“ vor. Dieser entstand jedoch nicht in diesem Jahr, sondern in Vorbereitung der Moskauer Außenministerkonferenz 1947⁶ (worauf noch einzugehen sein wird). Doch nicht nur das Konzept der „Grundlagen“ war 1951 vorhanden, sondern auch der vollständige, aber undatierte Entwurf eines Friedensvertrags, den Loth ohne sichere Anhaltspunkte auf die Zeit nach dem 8. September 1951 datiert⁷. Ein derartiger Termin steht im Widerspruch zum Inhalt des Dokuments. Dort werden die sowjetischen Reparationsforderungen mit 6 829 Millionen Dollar beziffert. Bei sowjetischen Gesamtforderungen von 10 Milliarden Dollar hätte Deutschland demnach zu diesem Zeitpunkt Reparationen im Wert von etwas mehr als drei Milliarden Dollar geleistet gehabt. Nach der inzwischen lückenlos bekannten sowjetischen Reparationsrechnung wurde diese Summe jedoch bereits zwischen dem 1. Januar 1949 und dem 1. Januar 1950 erreicht⁸. Auch ohne Kenntnis dieser Details steht fest, daß die Summe von 6 829 Millionen Dollar vor dem 15. Mai 1950 in den Vertragsentwurf eingefügt wurde. An diesem Tage folgte Stalin einem „Wunsch“ der DDR-Regierung und halbierte die sowjetischen Forderungen. Ab dem 15. Mai 1950 verblieben für die DDR noch Reparationen in Höhe von 3 171 Millionen Dollar an die UdSSR zu leisten, was sofort in der Presse bekannt gegeben wurde⁹. Vieles spricht dafür, daß der bei Loth abgedruckte vollständige Friedensvertragsentwurf im Zusammenhang mit der Pariser Sitzung des Rates der Außenminister entstand. Dort unterbreitete Andrej J. Wyschinskij am 10. Juni 1949 einen sowjeti-

⁴ Ergänzt werden diese Quellenveröffentlichungen durch einen Beitrag von Ju. V. Rodovič, der erstmals aus den bisher verschlossenen Sondermappen zu den Politbürobeschlüssen zitieren kann. Die von ihm ausgewerteten Dokumente bestätigen das ernsthafte Interesse der sowjetischen Führung, mit namhaften westdeutschen Politikern ins Gespräch zu kommen, bieten jedoch keinen Anhalt, daß die UdSSR im März 1952 bereit gewesen wäre, ihre Position in der DDR zu räumen. Vgl. Ju. V. Rodovič, O „Note Stalina“ ot 10 Marta 1952 g. po germanskogo voprosu [Über „Stalin Note“ vom 10. März 1952 zur deutschen Frage], in: *Novaja i novajšaja istoria* (2002), Nr. 3, S. 63–79.

⁵ Vgl. Wilfried Loth, Die Entstehung der »Stalin-Note«. Dokumente aus Moskauer Archiven, in: Zarusky (Hrsg.), *Die Stalin-Note*, S. 19–115, hier S. 20.

⁶ Vgl. Kynin/Laufer, Bd. 3, S. 322–328, Entwurf einer Direktive, 26. 3. 1947.

⁷ Vgl. Loth, Entstehung, in: Zarusky (Hrsg.), *Die Stalin-Note*, S. 88–96.

⁸ Vgl. Jochen Laufer, Politik und Bilanz der sowjetischen Demontagen in der SBZ/DDR 1945–1950, in: *Sowjetische Demontagen in Deutschland 1944–1949. Hintergründe, Ziele und Wirkungen*, hrsg. von Rainer Karlsch und Jochen Laufer unter Mitarbeit von Friederike Sattler, Berlin 2002, S. 75.

⁹ Vgl. Neues Deutschland vom 17. 5. 1950, abgedruckt in: *Dokumente zur Deutschlandpolitik, II. Reihe, Bd. 3: 1. Januar–31. Dezember 1950. Veröffentlichte Dokumente*, bearb. von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann, München 1997, S. 188 f.

schen Dreipunktevorschlag zur Vorbereitung des deutschen Friedensvertrags, der vorsah, entsprechende Entwürfe innerhalb von drei Monaten dem Rat der Außenminister vorzulegen. Zum Inhalt des Vertrags erklärte Wyschinskij, daß sämtliche Besatzungstruppen innerhalb eines Jahres aus Deutschland abziehen müßten¹⁰. Genau diese Bestimmung enthält auch der von Loth präsentierte Entwurf¹¹. Die notwendige Neudatierung dieses Dokuments verstärkt die Zweifel, daß die sowjetische Friedensvertragsinitiative von 1952 unmittelbar mit der sowjetischen Absicht verbunden werden kann, die Wiederbewaffnung und Einbindung der Bundesrepublik in den Westblock zu verhindern.

Fest steht jedoch, daß im sowjetischen Außenministerium (Michail G. Gribanow, Sergej M. Kudrjanzew und Oleg Seljaninow) unter Einbeziehung des Politischen Beraters der Sowjetischen Kontrollkommission (Wladimir S. Semjonow) und des Leiters der „diplomatischen Mission der UdSSR in der DDR“ (Georgij M. Puschkin) zwischen Februar 1951 und Februar 1952 mit wechselnder Intensität an Entwürfen der „Grundlagen des Friedensvertrags mit Deutschland“ gearbeitet wurde. Ob die mehrfach angeregte und wahrscheinlich am 8. September 1951 durch das Politbüro des ZK der VKP (b) beschlossene Kommission zur Prüfung des Entwurfs der „Grundlagen des Friedensvertrags“ jemals zusammentrat, bleibt dagegen weiterhin unklar. Weder Protokolle noch Beschlüsse dieser Kommission sind bisher bekannt. Unabhängig davon, ob diese Kommission „denkbar prominent“ besetzt war, wie Loth annimmt oder nicht (wie Graml einwendet), steht fest, daß „die interessierten Ressorts“ in dieser Kommission nicht vertreten waren. Sie blieb auf das Außenministerium beschränkt. Weder das Verteidigungsministerium, noch das Außenhandelsministerium noch die sowjetischen Sicherheitsdienste wurden beteiligt.

Eines der bemerkenswertesten Ergebnisse der jüngsten Diskussion um die Stalin-Note ist die von Gerhard Wettig formulierte Vermutung, daß die Note für Stalin primär nicht ein Mittel zur Verhinderung der westdeutschen Wiederbewaffnung im Rahmen eines westlichen Bündnisses war, sondern vielmehr darauf zielte, die DDR angesichts der „beginnenden internationalen Aufwertung der Bundesrepublik“ abzusichern¹². Demgegenüber fällt auf, daß Wilfried Loth in dem Band darauf verzichtet, seine traditionelle Interpretation zu wiederholen, wonach die sowjetische Führung 1952 bereit war, „für die Verhinderung der west-

¹⁰ Vgl. Deutsches Institut für Zeitgeschichte (Hrsg.), Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, Bd. 1: Vom Potsdamer Abkommen am 2. August 1945 bis zur Erklärung über die Herstellung der Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik am 25. März 1954, Berlin 1957 (künftig: DDS), S. 224–229, A. J. Wyschinski, Drei-Punkte-Plan für eine deutsche Friedensregelung, 10. 6. 1949.

¹¹ Vgl. Loth, Entstehung, in: Zarusky (Hrsg.), Die Stalin-Note, S. 95.

¹² Gerhard Wettig, Die Note vom 10. März 1952 im Kontext von Stalins Deutschland-Politik seit dem Zweiten Weltkrieg, in: Zarusky (Hrsg.), Die Stalin-Note, S. 139–196, hier S. 189. Vgl. dazu meine Bemerkungen Die UdSSR, die SED und die deutsche Frage, in: Deutschland Archiv 26 (1993), S. 1201–1204, zum Aufsatz von Gerhard Wettig, Die Deutschland-Note vom 10. März 1952 auf der Basis diplomatischer Akten des russischen Außenministeriums. Die Hypothese des Wiedervereinigungsangebots, in: Deutschland Archiv 26 (1993), S. 786–805.

deutschen Wiederbewaffnung – des Kernstücks der westlichen Blockkonsolidierung – einen hohen Preis zu zahlen“¹³. Er zieht sich nun auf den Wortlaut der sowjetischen Quellen zurück und erklärt: „Stalin [wollte] wirklich, was er sagte: ein vereinigtes Deutschland *außerhalb* des westlichen Blocks, das die historische Entwicklungsstufe der sozialistischen Revolution noch nicht erreicht haben würde.“¹⁴ Diese Annahme kann auch in eine andere Richtung gedeutet werden, denn allein die Aufrechterhaltung und Fortführung der grundlegenden sozialökonomischen Reformen (Sowjetisierung) im Osten Deutschlands bot eine Garantie, um dauerhaft ein vereinigtes Deutschland *innerhalb* des westlichen Blocks zu verhindern. Ein Friedensvertrag konnte dafür jedenfalls keine Gewähr bieten.

Um die damit aufgeworfene Frage nach den Zielen der Stalin-Note vom 10. März 1952 zu beantworten, ist es unzureichend, die formelle Entstehungsgeschichte der Note zu rekonstruieren, so verdienstvoll dies im einzelnen auch sein mag. Vielmehr stellt sich die Frage nach der Kontinuität und dem Platz der sowjetischen Friedensvertragsinitiativen innerhalb der sowjetischen Außenpolitik.

2. Die UdSSR und die Friedensregelung mit Deutschland 1941–1948

Schon vor der Öffnung der sowjetischen Archive konnte davon ausgegangen werden, daß der von Deutschland herbeigeführte Zweite Weltkrieg die Unzulänglichkeit des Versailler Vertrags erwiesen hatte, dauerhaft Frieden in Europa zu sichern. Während des Zweiten Weltkriegs wurde klar, daß die bedingungslose Kapitulation, die vollständige Besetzung und ein gemeinsamer Kontrollmechanismus wichtiger waren als ein neuer Friedensvertrag mit Deutschland. Während die Alliierten zu diesem Zeitpunkt keinerlei gemeinsame Vorbereitungen für einen solchen Vertrag mit Deutschland trafen, konzentrierten sie alle Verhandlungen darauf, die mit der vollständigen Besetzung Deutschlands zusammenhängenden Fragen vertraglich zu regeln. Erst lange nach Kriegsende begriffen die Siegermächte, daß die gegenseitige Respektierung ihres jeweils eigenständigen Mitspracherechts in allen Deutschland als Ganzes betreffenden Angelegenheiten mehr Sicherheit bot als ein Friedensvertrag¹⁵. Doch schon während und nach dem Krieg handelten die UdSSR, die USA, Großbritannien und Frankreich in diesem Sinne: bei aller Verhandlungsbereitschaft waren sie nicht an einer formellen Friedensregelung interessiert¹⁶. Um die Ziele der sowjetischen Friedensvertragspolitik klarer eingrenzen zu können, werden in den folgenden Abschnitten

¹³ Wilfried Loth, *Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges*. Diese These findet sich dort unverändert auf den Seiten 291 f. sowohl in der 7. Auflage (1989) wie auch in der erweiterten Neuauflage, München 2000.

¹⁴ Loth, *Entstehung*, in: Zarusky (Hrsg.), *Die Stalin-Note*, S. 62. Hervorhebung nicht im Original.

¹⁵ Vgl. dazu Marc Trachtenberg, *A Constructed Peace. The Making of the European Settlement 1945–1963*, Princeton 1999.

¹⁶ Vgl. dazu Hanns Jürgen Küsters, *Der Integrationsfriede. Viermächte-Verhandlungen über die Friedensregelung mit Deutschland 1945–1990*, München 2000.

auf der Grundlage der bisher zugänglichen sowjetischen Quellen drei Probleme analysiert, die die Entwicklung der sowjetischen Position zum Friedensvertrag mit Deutschland erkennen lassen.

a) Ausgangsposition der UdSSR für eine deutsche Friedensregelung

Alle Deutschlandplanungen des sowjetischen Außenkommissariats zielten nach dem deutschen Überfall während des Zweiten Weltkriegs darauf, die stärkste Militärmacht auf dem europäischen Kontinent durch „Aufgliederung“ und „wirtschaftliche Entwaffnung“ dauerhaft „unschädlich“ zu machen. Angesichts des deutschen Vernichtungskriegs gegen die UdSSR waren derartige Planungen in Moskau nicht weniger verständlich als ähnliche Überlegungen, die in den Regierungen anderer Staaten angestellt wurden, die Opfer der deutschen Aggression geworden waren¹⁷.

Spekulationen über einen Separatfrieden der UdSSR mit Deutschland, die seit dem deutschen Überfall kursierten und Besorgnis in den Hauptstädten der westlichen Kriegsgegner Deutschlands weckten, entbehrten jeder realen Grundlage. Ein Sonderfrieden mit Deutschland widersprach den sowjetischen Kriegszielen und war niemals Teil der sowjetischen Friedensplanung. Die UdSSR hielt sich strikt an ihre Zusicherungen vom 12. Juli 1941 gegenüber Großbritannien¹⁸. Real waren dagegen Friedensfühler aller an der unmittelbaren Kriegsführung beteiligten Staaten¹⁹. Sie bildeten Teil der Kriegslist, die darauf zielte, Unsicherheit und Streit beim jeweiligen Kriegsgegner auszulösen und Informationen abzuschöpfen. Diesbezügliche Aktivitäten lagen in den Händen der Geheimdienste, die strengste Vertraulichkeit sicherten. Auch deutsche Widerstandskreise suchten nach Kontakten für Friedenssondierungen, blieben jedoch erfolglos²⁰. Einen Einblick in das in diesem Zusammenhang entstandene Desinformationsgeflecht bietet ein sowjetisches Dokument vom Sommer 1944, das bisher als einziger Beleg dafür dienen kann, daß es niemals zu ernsthaften Kontakten kam, jedoch Kontaktversuche zweitweilig toleriert wurden²¹.

Im Herbst 1941 bekannte sich Stalin erstmals zum Ziel, Deutschland „zu zerschlagen“. Anlaß dazu war eine Anfrage britischer Kommunisten²², die sich beim sowjetischen Botschafter in London erkundigten, warum Stalin in seiner Rede

¹⁷ Vgl. Detlef Brandes, *Der Weg zur Vertreibung 1938–1945. Pläne und Entscheidungen zum „Transfer“ der Deutschen aus der Tschechoslowakei und aus Polen*, München 2001.

¹⁸ *Sovetsko-anglijskie otnošenija vo vremja velikoj otečestvennoj vojny 1941–1945* [Sowjetisch-englische Beziehungen während des Großen Vaterländischen Krieges 1941–1945], Bd. 1, Moskau 1983, S. 82, Übereinkommen zwischen den Regierungen der UdSSR und Großbritanniens über gemeinsame Handlungen im Krieg gegen Deutschland, 12. 7. 1941.

¹⁹ Vgl. Ingeborg Fleischhauer, *Die Chance des Sonderfriedens. Deutsch-sowjetische Geheimgespräche 1941–1945*, Berlin 1986.

²⁰ Vgl. Klemens von Klemperer, *Die verlassenen Verschwörer. Der deutsche Widerstand auf der Suche nach Verbündeten 1938–1945*, Berlin 1994.

²¹ Vgl. Kynin/Laufer, Bd. 1, S. 475–478, Smirnov an Dekanozov, 11. 5. 1944.

²² Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation (künftig: AVP RF), 059/1/352/2406, Bl. 84, Majskij an Molotov, 14. 11. 1941.

am 6. November 1941 erklärt hatte: „Solange sich die Hitlerleute damit befaßten, die deutschen Länder zusammenzufassen und ihnen das Rheingebiet, Österreich usw. wieder anzuschließen, konnte man sie mit einer gewissen Berechtigung für Nationalisten halten.“²³ Um nicht mißverstanden zu werden, ließ Stalin durch Wjatscheslaw M. Molotow folgende Antwort an die Genossen in London übermitteln, die nicht nur seine Ziele offenlegte, sondern ebenso ungeschützt auf die beabsichtigte Irreführung der „nationalistisch eingestellten Schichten des deutschen Volkes“ hinwies:

„Der Anschluß Österreichs, das hauptsächlich von Deutschen besiedelt ist, an Deutschland paßt in das Bild des deutschen Nationalismus, was jedoch keineswegs bedeutet, daß Gen. Stalin für diesen Anschluß ist, denn Gen. Stalin hält den deutschen Nationalismus weder für richtig noch für annehmbar. Stalin wollte hier ausdrücken, daß selbst vom Standpunkt des deutschen Nationalismus die gegenwärtige Eroberungspolitik der Hitlerschergen als verhängnisvoll für Deutschland betrachtet werden muß, daß die Partei der Nationalsozialisten eine grobschlächtig imperialistische und nicht nationalistische ist. Damit wollte Stalin Verwirrung in den Reihen der Hitleranhänger stiften und Unstimmigkeiten zwischen der Hitlerregierung und den nationalistisch eingestellten Schichten des deutschen Volkes bewirken. Was den Standpunkt des Gen. Stalin zu Österreich, dem Rheinland u. ä. anbelangt, so denkt Stalin, daß Österreich als unabhängiger Staat von Deutschland abgetrennt werden müsse und Deutschland selbst, darunter auch Preußen, in eine Reihe mehr oder minder selbständiger Staaten zerlegt werden müsse, um eine künftige Garantie für Frieden und Ruhe der europäischen Staaten zu schaffen.“²⁴

Offensichtlich antwortete Stalin auch deshalb mit solcher Deutlichkeit, weil er sich selbst am 8. November gegenüber Churchill beklagt hatte, daß es „keine bestimmte Vereinbarung zwischen unseren Ländern über die Kriegsziele und über die Pläne der Friedensregelung nach dem Kriege“ gibt.²⁵ Zwei Wochen später schlug Churchill vor, seinen Außenminister nach Moskau zu entsenden, um Stalin die Gelegenheit zu geben, mit ihm „auch über die Friedensregelung nach dem Kriege“ zu sprechen.²⁶

Schon beim ersten Gespräch überraschte Stalin Eden am 16. Dezember mit der Darlegung seiner Vorstellung zur Nachkriegsregelung und dem Vorschlag, diesbezügliche sowjetisch-britische Vorabsprachen in einem „geheimen Zusatzprotokoll“ zu einem Vertrag über Nachkriegsprobleme zu fixieren. Der erste Entwurf einer solchen Vereinbarung lag wahrscheinlich bereits zum Zeitpunkt dieses Gesprächs vor, wurde jedoch niemals an die Briten übergeben. Im weiteren Sinne

²³ Josef Stalin, Über den großen vaterländischen Krieg der Sowjetunion, Moskau 1946, S. 27.

²⁴ Kynin/Lauffer, Bd. 1, S. 118 f., Molotov an Majskij, 21. 11. 1941.

²⁵ Briefwechsel Stalins mit Churchill, Atlee, Roosevelt und Truman 1941–1945, Berlin 1961, S. 41 f., Stalin an Churchill, 8. 11. 1941.

²⁶ Ebenda, S. 42–44, Churchill an Stalin, 22. 11. 1941.

enthielt dieses Dokument die ersten sowjetischen „Grundlinien“ für eine künftige Friedensregelung. Im Hinblick auf Deutschland wurde gefordert:

„a) vollständige Abrüstung als notwendige Garantie für Ruhe und Frieden der europäischen Staaten; b) Wiederherstellung Österreichs als selbständiger Staat; c) Aufteilung Deutschlands in mehrere selbständige Staaten, wobei Preußen unter Abtrennung des Gebiets von Ostpreußen in einen selbständigen Staat umgewandelt wird; d) der Teil Ostpreußens (einschließlich Königsbergs), der an Litauen grenzt, geht für die Dauer von 20 Jahren als Garantie für die Erstattung der von der UdSSR im Krieg mit Deutschland erlittenen Verluste an die UdSSR. Sein anderer Teil geht an Polen (wie in Punkt 10 vorgesehen).“²⁷

Es ist nie geklärt worden, ob eine sowjetisch-britische Einigung über ein derartiges „Zusatzprotokoll“, das Ausgangspunkt für einen deutschen Friedensvertrag hätte werden können, lediglich an der Zusage der britischen Regierung gegenüber dem Präsidenten der USA scheiterte, keine geheimen Vereinbarungen über Kriegsziele zu treffen, oder ob es inhaltliche Differenzen waren, die ein derartiges Übereinkommen verhinderten. Angesichts der tatsächlich weitgehenden Kompromißbereitschaft der UdSSR betreffend Form und Inhalt einer solchen Vereinbarung²⁸ mußte die sowjetische Führung überzeugt sein, daß die Westmächte einer inhaltlichen Festlegung bezüglich der künftigen Friedensregelung und damit der Anerkennung spezifischer Interessen der UdSSR ausweichen wollten. Molotow war verärgert und telegraphierte nach Moskau:

„Churchill [erweist sich] in den zwei grundlegenden Fragen uneinfühlsam uns gegenüber. In der letzten Unterredung gab er zu verstehen, daß es besser sei, die Unterzeichnung der beiden Verträge zu verschieben, da es schwer wäre, sich zu einigen, ohne die USA zu verletzen. [...] Die letzten Unterredungen rufen bei mir den Eindruck hervor, daß Churchill die Entwicklung der Ereignisse an unserer Front abwartet und sich jetzt nicht beeilt, zu einem Übereinkommen mit uns zu kommen.“²⁹

Stalin dagegen legte diese Entwicklung mit bitterem Zynismus zu Gunsten der UdSSR aus und entschied sich, die strittige Forderung nach einem Zusatzprotokoll fallen zu lassen und den inzwischen von Eden übergebenen neuen britischen Vertragsentwurf zu akzeptieren:

„Zum Entwurf des Vertrags, der Dir durch Eden übergeben wurde. Wir betrachten ihn nicht als eine bloße Deklaration und erkennen an, daß es sich um ein wichtiges Dokument handelt. Dort wird die Frage der Sicherheit der Grenzen

²⁷ Kynin/Laufer, Bd. 1, S. 136–139, Entwurf eines Zusatzprotokolls: Dezember 1941. Punkt 10 betraf die Wiederherstellung Polens.

²⁸ Vgl. die späteren Entwürfe dieses Zusatzprotokolls in: Kynin/Laufer, Bd. 1, S. 139–141 und S. 157 f.

²⁹ Die Vorgänge am 23. 5. 1942 sind inzwischen minutiös dokumentiert in der Arbeit von O. A. Ržeševskij, *Vojna i Diplomacija. Dokumenty i komentarii 1941–1942* [Krieg und Diplomatie. Dokumente und Kommentare], Moskau 1997, S. 101 f., Molotov an Stalin, 23. 5. 1942.

nicht behandelt, doch das ist möglicherweise gar nicht schlecht, da wir dadurch freie Hand behalten. Die Grenzfrage oder vielmehr die Frage der Sicherheit unserer Grenze an diesem oder jenem Teil unseres Landes wird auf dem Wege der Macht gelöst.“³⁰

Der Verzicht auf konkrete Absprachen blieb nicht folgenlos. Obwohl im Moskauer Außenkommissariat weiterhin mit erstaunlicher Intensität zu Fragen der Nachkriegsregelung gearbeitet wurde, unterließ die UdSSR seitdem jede weitere Initiative gegenüber den Westmächten zur Vorbereitung des Friedensschlusses, strebte jedoch nach bilateralen Absprachen mit Nachbarstaaten Deutschlands wie dem am 12. Dezember 1943 abgeschlossenen „Vertrag über Freundschaft, gegenseitige Hilfe und Nachkriegszusammenarbeit“ mit der tschechoslowakischen Exilregierung³¹. Die Westmächte mußten in der Europäischen Beratenden Kommission frustrierende Erfahrungen sammeln, als die UdSSR nach Abgrenzung der Besatzungszonen und nach Verankerung der Oberhoheit der vier künftigen Besatzungsmächte in ihren jeweiligen Zonen allen Detailabsprachen über die zukünftige Besatzungspolitik auswich. In Jalta drängte Stalin zwar noch einmal auf die Verankerung der Teilungsabsicht in den Kapitulationsbedingungen für Deutschland, achtete jedoch streng darauf, die UdSSR nicht zu exponieren. Der sowjetische Botschafter in London, Fedor T. Gusev, wurde angewiesen, die folgende Erklärung abzugeben:

„Die Sowjetische Regierung versteht den Beschluß der Krim-Konferenz zur Aufgliederung Deutschlands nicht als obligatorischen Plan für die Aufgliederung Deutschlands, sondern als potentielle Perspektive für eine Druckausübung auf Deutschland mit dem Ziel, Deutschland als Gefahr auszuschalten, falls sich andere Mittel als unzureichend erweisen.“

Zur „Orientierung“ Gusevs fügte Molotow hinzu:

„Wie Ihnen bekannt ist, wollen die Engländer und die Amerikaner, die als erste die Frage der Aufgliederung Deutschlands aufwarfen, nunmehr die Verantwortung für die Aufgliederung auf die UdSSR abwälzen, um unseren Staat in den Augen der internationalen Öffentlichkeit anzuschwärzen. Um ihnen diese Möglichkeit zu entziehen, ist der oben genannte Vorschlag zu unterbreiten.“³²

Das Kriegsziel, Deutschland dauerhaft „unschädlich“ zu machen, bekam für die UdSSR einen neuen Inhalt, als die Rote Armee und die Streitkräfte der Alliierten die Grenzen des Deutschen Reiches überschritten. Nachdem die USA, Großbritannien, die UdSSR und später Frankreich in den von ihnen besetzten Teilen Deutsch-

³⁰ Ebenda, S. 118, Stalin an Molotow, 24. 5. 1942.

³¹ Der Vertrag wurde am 14. 12. 1943 in der „Izvestija“ veröffentlicht. Der russische Text ist abgedruckt in: MID SSSR, MID ČSR, Sovetsko-Čechoslovackie otnošenija vo vremja velkoj otečestvennoj vojny 1941–1945. Dokumenty i Materialy [Sowjetisch-tschechoslowakische Beziehungen während des großen Vaterländischen Krieges 1941–1945], Moskau 1960, S. 132–136.

³² Kynin/Lauffer, Bd. 1, S. 626, Molotow an Gusev, 24. 3. 1945.

lands die oberste Gewalt übernommen hatten, wandelte sich die alte Frage danach, wie Deutschland aufzugliedern sei, in die neue Frage, ob und unter welchen Bedingungen die deutsche Einheit wiederhergestellt werden solle. Fest stand, daß dies nur auf zwei Wegen geschehen konnte: Entweder durch die Einigung aller vier an der Besetzung Deutschlands beteiligten Mächte auf einen Friedensvertrag oder durch das Herausdrängen der Macht oder Mächtegruppierung aus Deutschland, die sich einer solchen Einigung widersetzte. Solange die Einigung aller vier Mächte auf einen Friedensvertrag nicht zustande kam, wurde die politische Wahrung der militärisch errungenen Position in Deutschland für jede der an der Besetzung beteiligten Mächte zum außenpolitischen Ziel. Demgegenüber blieb ein etwaiger Friedensvertrag Mittel zum Zweck, ihre Interessen in Deutschland zu behaupten. Für die UdSSR wurde die Verteidigung ihrer Rechte in Deutschland um so wichtiger, je mehr sich die Möglichkeiten einer Einigung mit den Westmächten in der deutschen Frage unter den von ihr gewünschten Bedingungen verringerten.

b) Reaktion Stalins auf die erste Friedensvertragsinitiative der USA 1945/1946

Der Krieg gegen Deutschland war gerade vier Monate vorbei, da unterbreitete der amerikanische Außenminister James Byrnes den von Senator Vandenberg Anfang 1945 entwickelten und in Moskau schon damals beargwöhnten³³ Vorschlag, einen Viermächte-Vertrag abzuschließen, um Deutschland für 25 Jahre zu demilitarisieren und zu neutralisieren³⁴. Diese Idee war der unzulängliche Versuch, die UdSSR „kooperativ zu zähmen“³⁵. Sie beinhaltete zweifellos auch einen Test, um die Position der UdSSR zu einer deutschen Friedensregelung zu erkunden. Als Molotow empfahl, diesen Vorschlag nicht abzulehnen, sondern auf dessen Grundlage Verhandlungen zu beginnen, widersprach der sowjetische Parteichef. Stalin erblickt darin eine gegen die UdSSR gerichtete Aktion, die vier Ziele verfolgte:

„Erstens – unsere Aufmerksamkeit vom Fernen Osten abzulenken, wo sich die USA wie ein künftiger Freund Japans gebärden und damit den Eindruck erwecken, als ob in Fernost alles zum Besten steht; zweitens – von der UdSSR die formelle Zustimmung zu erlangen, daß die USA in den europäischen Angelegenheiten dieselbe Rolle spielen, wie die UdSSR, um dann im Block mit England die Geschicke Europas in ihre Hände zu nehmen; drittens – die zwischen der UdSSR und europäischen Staaten bereits geschlossenen Bündnisverträge zu entwerten; viertens – jedwede künftige Bündnisverträge zwischen der UdSSR und Rumänien, Finnland usw. gegenstandslos zu machen.“³⁶

³³ Vgl. A. Sokolov, Senator Vandenberg i ego sxema [Senator Vandenberg und sein Plan], in: *Vojna i rabočij klass* [Der Krieg und die Arbeiterklasse] (1945), Nr. 5 (1. März 1945), S. 19–23.

³⁴ Vgl. Axel Frohn, *Neutralisierung als Alternative zur Westintegration. Die Deutschlandpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika 1945–1949*, Frankfurt a. M. 1985.

³⁵ Vgl. dazu Werner Link, *Die amerikanische Deutschlandpolitik 1945–1949*, in: *Die Deutschlandfrage und die Anfänge des Ost-West-Konflikts 1945–1949*, Berlin 1984, S. 7–23.

³⁶ Vladimir Pečatnov, *Perepiska Stalina s Molotovym* [Schriftwechsel mit Molotov], in: *Istočnik* (1999), 2, S. 82, Stalin an Molotov, 21. 9. 1945.

Während Molotow am 22. September Byrnes weisungsgemäß ausweichend antwortete, ließ Stalin im Dezember 1945 den Eindruck entstehen, als unterstütze er Byrnes' Vorschlag³⁷. Das Gegenteil war der Fall. Im November hatte er Molotow scharf zurecht gewiesen, als dieser einen Bericht in der „Pravda“ über eine Unterhausrede Churchills genehmigte, in der sich der ehemalige britische Premierminister anerkennend über die UdSSR und den sowjetischen Parteichef geäußert hatte. Stalin warnte in diesem Zusammenhang:

„Bei uns gibt es jetzt nicht wenige leitende Mitarbeiter, die eine kindliche Freude empfinden bei jedem Lob von Seiten Churchills, Trumans oder Byrnes' und umgekehrt bei ungünstigen Meinungsäußerungen von Seiten dieser Herren mutlos werden. Eine derartige Stimmung halte ich für gefährlich, da sie zu Liebdienerei gegenüber ausländischen Figuren führt. Gegen solche Liebdienerei muß man einen scharfen Kampf führen. Doch wenn wir jetzt solche Reden veröffentlichen, werden wir damit Liebdienerei und Kriecherei züchten. Ich rede schon gar nicht davon, daß sowjetische Politiker Lob von Seiten ausländischer Regierungschefs nicht brauchen. Was mich persönlich betrifft, so stößt mich solches Lob nur ab.“³⁸

Sicher nicht ohne Weisung Stalins verschärfte das Außenkommissariat im Frühjahr 1946 nach Erhalt des amerikanischen Vertragsentwurfs die sowjetische Position. Dem State Department wurde unmittelbar vor der Eröffnung der zweiten Tagung des Rates der Außenminister mitgeteilt, daß der Vertrag „zu ernsthaftem Widerspruch Anlaß“ gebe³⁹. Noch schroffer antwortete Molotow eine Woche später Byrnes: Der „vorgeschlagene Entwurf eines Vertrags über die Entmilitarisierung Deutschlands werde tatsächlich nicht zur Entwaffnung, sondern lediglich zur Vertagung dieser Entwaffnung führen“⁴⁰.

Dies war der historische Moment, an dem die Ausarbeitung des deutschen Friedensvertrags durch die vier Mächte, noch bevor sie begonnen hatte, ihre Ernsthaftigkeit einbüßte. Nun stand fest, daß die UdSSR einem von den USA vorgeschlagenen Kernelement der Friedensregelung für Deutschland (dessen dauerhafte Entmilitarisierung und Neutralisierung) kein Vertrauen schenkte. Dies bot zunächst den Westmächten Raum für diplomatische Manöver. Die USA schufen einen Präzedenzfall, indem sie den bis dahin geheimegehaltenen Wortlaut ihres Vorschlags veröffentlichten und am 15. Mai im Rat der Außenminister ohne – oder gerade wegen fehlender – Einigungsaussichten vorschlugen, sofort mit der Vereinbarung von „Rahmenbedingungen“ für ein deutsches „Friedensabkommen“ der vier Mächte zu beginnen, die bereits am 12. November 1946 einer

³⁷ Vgl. Kynin/Laufer, Bd. 2, S. 335 f., Unterredung zwischen Stalin und Byrnes, 24. 12. 1945. Zur vorausgegangenen Antwort Molotows vgl. ebenda, Anm. 114.

³⁸ Pečatnov, *Perepiska Stalina s Molotovym*, S. 82: Stalin an Molotov, Malenkov, Berija und Mikojan, ohne Datum [November 1945].

³⁹ *Foreign Relations of the United States 1946, Vol. II: Council of Foreign Ministers, Washington 1970*, S. 83, Sowjetische Note vom 20. 4. 1946.

⁴⁰ Kynin/Laufer, Bd. 2, S. 473-475, Unterredung zwischen Molotov und Byrnes, 28. 4. 1946.

„Friedenskonferenz“ vorgelegt werden sollten⁴¹. „United Press“ meldete, daß nach Ansicht Byrnes' mit der Ausarbeitung des „Friedensvertrags für Deutschland“ nicht länger gewartet werden könne. Daß sich Molotow diesen Vorschlägen widersetze, wurde ebenfalls bekannt⁴². Der seit langem und von vielen vermutete deutschlandpolitische Interessenkonflikt zwischen den Siegermächten hatte sich in der Öffentlichkeit manifestiert.

Während die Schwierigkeiten zunahmen, mit denen sich die UdSSR in der SBZ konfrontiert sah, geriet die sowjetische Führung deutschlandpolitisch in die Defensive. Am 26. Mai schlug der Politische Berater der SMAD Alarm:

„Im Zusammenhang mit der Pariser Konferenz und den Erklärungen von Byrnes und Bevin zur deutschen Frage hat die von den Alliierten inspirierte deutsche Presse eine propagandistische Kampagne eröffnet, die darauf abzielt, die Sympathien der Deutschen zu gewinnen. [...] All dies konnte freilich nicht ohne Folgen für die politische Lage in der sowjetischen Besatzungszone und insbesondere in Berlin bleiben, wo die Auseinandersetzungen zwischen den im antifaschistischen Einheitsblock zusammengefaßten Parteien an Schärfe gewannen.“⁴³

Als besonders gefährlich schätzte Semjonow in diesem Zusammenhang die von den Briten unterstützte Forderung nach Rückgabe der östlich der Oder gelegenen deutschen Gebiete ein. Eine öffentliche Stellungnahme der UdSSR zur Friedensvertragsinitiative der USA wurde spätestens bei der zweiten Sitzungsrunde des Rates der Außenminister fällig, deren Beginn auf den 15. Juni festgesetzt worden war. Nur zwei Tage vor diesem Termin beschloß das Politbüro des ZK der VKP(b) eine Deutschland-Direktive, die so umfassend und vieldeutig war, daß sie bis in die fünfziger Jahre die Deutschland- und Friedensvertragspolitik der UdSSR bestimmte. Sie erinnerte an die „wirtschaftliche Hauptforderung“ der UdSSR nach Reparationen „mindestens“ im Werte von 10 Milliarden Dollar, sprach sich gegen die Vernichtung des deutschen Staates und der deutschen Wirtschaft, gegen die „Aufgliederung“ Deutschlands sowie gegen die Abtrennung des Ruhrgebiets und des Rheinlands aus. Dagegen forderte sie den Erhalt Deutschlands als einheitlichen und „friedliebenden“ Staat, die Entwicklung der Friedensindustrie, die vollständige militärische und wirtschaftliche Entwaffnung Deutschlands sowie die internationale Kontrolle des Ruhrgebiets durch die vier Mächte. „Föderalisierungspläne“ lehnte der Politbürobeschluß ab, ließ aber eine Hintertür offen. In bezug auf den Friedensvertrag enthielt die Direktive zwei Bestimmungen, von denen die letzte die erste regierte, worauf noch gesondert einzugehen sein wird:

⁴¹ Küsters, Integrationsfriede, S. 278 f. Nach der Veröffentlichung im Westen wurde der Vertragstext am 10. 7. 1946 auch in der Izvestija veröffentlicht.

⁴² Keesing's Archiv der Gegenwart, 1946/47, S. 752 J.

⁴³ Kynin/Laufer, Bd. 2, S. 525, Bericht von Semenov, 26. 5. 1946.

„6. Wir sind natürlich im Prinzip für den Abschluß eines Friedensvertrags mit Deutschland, bevor aber ein solcher Vertrag abgeschlossen wird, muß eine deutsche Regierung gebildet werden, die demokratisch genug ist, um alle Überreste des Faschismus auszurotten und verantwortlich genug ist, um alle ihre Verpflichtungen gegenüber den Alliierten zu erfüllen, darunter insbesondere ihre Verpflichtungen hinsichtlich der Reparationslieferungen an die Alliierten. Es versteht sich von selbst, daß wir nicht gegen die Schaffung von deutschen Zentralverwaltungen als Übergangslösung zu einer zukünftigen deutschen Regierung sind. [...]

8. Die Anwesenheit der alliierten und sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland verfolgt drei Ziele: a) die vollständige Durchführung der militärischen und wirtschaftlichen Abrüstung zu sichern; b) die Demokratisierung der Ordnung in Deutschland zu sichern; c) die Reparationslieferungen zu sichern. Solange diese drei Aufgaben nicht erfüllt sind, gehen wir von der bedingungslosen Notwendigkeit der Anwesenheit der Besatzungstruppen in Deutschland und der Aufrechterhaltung der Besatzungszonen aus.“⁴⁴

Molotow verkündete den Inhalt dieses Beschlusses am 9. und 10. Juli 1946 in zwei zur sofortigen Veröffentlichung bestimmten Erklärungen in Paris⁴⁵. Sie kamen für jene, die die vorangegangenen Verhandlungspositionen der UdSSR in der Europäischen Beratenden Kommission, auf den Treffen der Regierungschefs und im Alliierten Kontrollrat kannten und den öffentlichen Erklärungen Stalins wenig Wert beigemessen hatten, wie ein Blitz aus heiterem Himmel.

Der Politbürobeschuß vom 13. Juni war außerhalb des Außenministeriums vorbereitet worden. Er entstand nicht im Ergebnis von Beratungen mit den für die sowjetische Besatzungspolitik Verantwortlichen. Vielmehr blieben sich diese über die letzten Absichten Stalins ebenso unsicher wie heutige Historiker. Semjonow, der in seinen Memoiren nicht zögert, für andere Dokumente seine Urheberchaft einzufordern, nimmt an, daß Stalin selbst diesen Beschluß erdacht hatte⁴⁶. Er zog damit die Konsequenzen aus der Sowjetisierung der Gesellschaft im Osten Deutschlands (Bankenschließung, Bodenreform, Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher, Entnazifizierung) und dem Widerstand der westlichen Besatzungsmächte gegenüber dieser Entwicklung. Die nun eingeleitete Friedensvertragspolitik der UdSSR diente von Anfang an dazu, die Sonderentwicklung der SBZ abzusichern. Sie zielte insbesondere auf die Deutschen, die die Sowjetisierung ablehnten und der UdSSR kritisch gegenüberstanden. Diese Politik wurde auf verschiedenen Wegen betrieben. Eine wichtige Rolle spielte dabei von Anfang

⁴⁴ Russisches Zentrum für Aufbewahrung und Studium der Dokumente der Neuesten Geschichte, 17/162/38, Bl. 115–117, Direktive „Zu Deutschland“, beschlossen vom Politbüro des ZK der VKP (b) am 13. 6. 1946.

⁴⁵ Es kennzeichnet die Absurdität der Moskauer Archivsituation, daß dieser Beschluß trotzdem bis zum Jahr 2000 strengster Geheimhaltung unterlag. Zum vollständigen Wortlaut vgl. Kynin/Lauffer, Bd. 3, Anm. 94.

⁴⁶ Vgl. Wladimir S. Semjonow, Von Stalin bis Gorbatschow. Ein halbes Jahrhundert in diplomatischer Mission 1939–1991, Berlin 1995, S. 250.

an die Erste Verwaltung des sowjetischen Innenministeriums (NKVD/MVD), die für Aufklärung zuständig war. Am 19. Januar 1946 wurde ein Mitarbeiter dieser Verwaltung, Leonid Andreevič Malinin, als Stellvertreter des Politischen Beraters in Berlin placiert, wo er gezielt Kontakt zu Vertretern der CDU in der SBZ (Ferdinand Friedensburg, Ernst Lemmer und Jakob Kaiser) herstellte, um bei ihnen Verständigungshoffnung im Rahmen der sowjetischen Deutschlandpolitik wachzuhalten⁴⁷. Über die Handlungen Malinins in Deutschland, wo er Deutschen (die darüber umgehend amerikanische „Dienststellen“ unterrichteten⁴⁸) immer getrennt von Semjonow und Tjulpanow gegenübertrat, wurde das Moskauer Außenministerium nicht informiert. Auch die SED-Führung dürfte vom Wirken Malinins nur indirekt Kenntnis bekommen haben.

c) Die Friedensvertragsinitiative der UdSSR 1946/1947

In Paris hatte Molotow am 10. Juli den bereits zitierten Punkt 6 des Politbürobeschlusses wörtlich vorgetragen, aber hinzugefügt: „Doch selbst dann, wenn eine Deutsche Regierung gebildet wird, dürfte eine Reihe von Jahren erforderlich sein, um zu prüfen, was die neue Regierung Deutschlands vorstellt und ob sie vertrauenswürdig ist.“⁴⁹ Dabei dachte Molotow offensichtlich an die Erfüllung der Besatzungsziele, die in Punkt 8 der Direktive bestimmt und tags zuvor von ihm benannt worden waren⁵⁰. Ähnlich wie das Potsdamer Abkommen wurde die Molotow-Erklärung vom 10. Juli 1946 (bzw. die Politbürodirektive vom 13. Juni) zur „heiligen Schrift“ der sowjetischen Deutschlandpolitik. Sie begründete die von sowjetischen Diplomaten und Staatsmännern tief verinnerlichte Legende, wonach die UdSSR stets für die Einheit Deutschlands und für den Abschluß eines deutschen Friedensvertrags eingetreten sei. Diese Legende konnte sich nicht nur auf zahlreiche sowjetische Erklärungen stützen, sondern deckte sich auch mit nationalen Hoffnungen deutscher Politiker in Ost und West. Auf östlicher Seite diente sie der Rechtfertigung der Einbeziehung der DDR in den Ostblock, auf westlicher Seite ließ sie einen »quälenden Schatten der Erinnerungen an die Jahre 1952 und 1954« (Paul Sethe) entstehen, woran Hermann Graml erinnerte⁵¹.

⁴⁷ Zu Malinin, der seinen deutschen Gesprächspartnern und westlichen Geheimdiensten unter dem Namen „Georgieff“ bekannt war, vgl. Kto byl kto v Sovetskoj Voennoj Administracii v Germanii 1945–1949, hrsg. von D. Filipovych und M. Chajneman, Moskau 1999, S. 177 f.

⁴⁸ Office of Military Government for Germany US, Intelligence Division, weekly intelligence reports 1946–1948, in: Bundesarchiv Koblenz, OMGUS/3/429-2/40 (7. 12. 1946) bis OMGUS/3/430-1/4 (3. 4. 1948), wo Malinin (Georgieff) fast wöchentlich erwähnt wird.

⁴⁹ Diese Rede wurde am 11. 7. 1946 auszugsweise im Neuen Deutschland und vollständig in der Täglichen Rundschau veröffentlicht. Sie ist wiederholt abgedruckt worden u. a. in: Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (Hrsg.), Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945–1949, Berlin 1968, S. 304–309.

⁵⁰ Vgl. DDS, S. 10–17, Erklärung Molotovs am 9. 7. 1946 „Über die Entmilitarisierung Deutschlands“.

⁵¹ Hermann Graml, Neue wichtige Quelle – aber mißverstanden. Anmerkungen zu Wilfried Loth: Die Entstehung der »Stalin-Note«. Dokumente aus Moskauer Archiven, in: Zarusky (Hrsg.), Die Stalin-Note, S. 117–137, hier S. 117.

Auch nach Beschluß der Direktive wurde in Moskau nicht mit konkreten Vorbereitungen für den deutschen Friedensvertrag begonnen. Den Anlaß dazu gab erst die Stuttgarter Rede des US-Außenministers. Ähnlich wie fünf Jahre später Gribanow wandte sich Ende September 1946 der damalige Leiter der Dritten Europäischen Abteilung des Moskauer Außenministeriums gemeinsam mit dem Politischen Berater an Molotow:

„Man wird davon ausgehen können, daß die Amerikaner und Engländer bereits an einem Entwurf des Friedensvertrags mit Deutschland arbeiten, was allein anhand des von Byrnes vorgelegten Vertrags zur Entmilitarisierung Deutschlands deutlich wird.

Wir halten es für sinnvoll, der Instanz⁵² vorzuschlagen, eine Kommission zur Vorbereitung eines Friedensvertragsentwurfs mit Deutschland zu bilden. Aufgabe der Kommission müßte es sein, auf der Grundlage der Beschlüsse der Krim- und der Berliner Konferenz der drei Mächte Vorschläge zu territorialen, politischen, wirtschaftlichen, militärischen, reparationspolitischen und rechtlichen Aspekten des Vertrags zu prüfen und zu formulieren. Die Kommission hätte zudem unter Heranziehung aller verfügbaren Materialien die aktuelle Position der Alliierten zu diesen Fragen zu analysieren.“

Als Molotow – der sich zu diesem Zeitpunkt auf der „Friedenskonferenz“ mit den Satellitenstaaten Deutschlands in Paris (29. Juli bis 15. Oktober 1946) aufhielt – dieses Schreiben vorgelegt wurde, vermerkte er: „Mit Gen. Wyschinskij [abstimmen]. [Ich bin] dafür. Wir benötigen einen Beschlußentwurf.“⁵³

Aus bisher unbekanntem Gründen, die wahrscheinlich in mangelnder Koordination innerhalb der sowjetischen Regierung zu suchen sind, kam es im Herbst 1946 nicht zur Bildung der von Molotow befürworteten Kommission. Die UdSSR blieb passiv, stimmte aber auf der nächsten Sitzung des Rates der Außenminister Anfang Dezember 1946 Friedensvertragsvorbereitungen zu. Damit sollte sich die Sitzung des Rates im März 1947 in Moskau beschäftigen⁵⁴.

Als Semjonow und Smirnow Anfang 1947 die Vorbereitung dieser Ratstagung begannen, gingen sie davon aus, daß die im September vorgeschlagene Friedensvertragskommission bereits gebildet sei. Sie empfahlen am 2. Januar 1947:

„5. Die Regierungskommission zur Vorbereitung des Entwurfs für einen Friedensvertrag mit Deutschland ist damit zu beauftragen, parallel zur Ausführung ihres direkten Auftrages den Entwurf von „Grundlinien“ für den Friedensvertrag zur SMID-Tagung zu erarbeiten.“⁵⁵

⁵² „Instanz“ umschreibt die oberste Entscheidungsebene in der UdSSR, die zumeist identisch ist mit Stalin bzw. dem Politbüro des ZK der VKP(b). Vgl. Oleg Chlewnjuk, Das Politbüro. Mechanismen der Macht in der Sowjetunion der dreißiger Jahre, Hamburg 1998.

⁵³ Kynin/Laufer, Bd. 2, S. 711 f., Smirnov und Semenov an Molotow, 26. 9. 1946.

⁵⁴ Vgl. Küsters, Integrationsfriede, S. 296.

⁵⁵ Kynin/Laufer, Bd. 3, S. 212, Smirnov und Semenov an Molotow, 2. 1. 1947. Das Wortpaar „osnovnye direktivy“, das in diesem Fall für „Grundlinien“ steht, wurde in diesem Dokument

Erst nachdem sich herausgestellt hatte, daß diese Kommission noch nicht existierte, bereiteten Semjonow und Smirnow am folgenden Tag eine entsprechende Beschlußvorlage für den Ministerrat der UdSSR vor, die noch am 3. Januar durch Wyschinskij mit Anastas I. Mikojan abgestimmt und drei Tage später von Stalin unterzeichnet wurde⁵⁶.

Im Gegensatz zur Kommission, die Wilfried Loth erwähnt⁵⁷, gehörten diesem Gremium – unter dem Vorsitz von Andrej Wyschinskij – tatsächlich die Vertreter der sowjetischen Einrichtungen an, deren spezifische Interessen bei jeder Friedensregelung mit Deutschland berücksichtigt werden mußten: Nikolaj Bulganin als erster Stellvertreter des Verteidigungsministers der UdSSR (Verteidigungsminister war bis März 1947 Stalin), Nikolaj Slavin als Chef der Verwaltung für auswärtige Beziehungen des Generalstabes, Aleksej Krutikov als stellvertretender Außenhandelsminister, Boris Kolpakov als Deutschlandexperte des Außenhandelsministeriums, Fedor Gusev als stellvertretender Außenminister und Vladimir Semjonow als Politischer Berater der SMAD⁵⁸. Dennoch hatte auch die 1947 gegründete Kommission ihre Schwachstelle, da die Sicherheitsdienste nicht vertreten waren. Die Kommission tagte mindestens einmal⁵⁹ und erstellte einen umfangreichen Plan für die Erarbeitung eines deutschen Friedensvertragsentwurfs. Die für einen solchen Vertrag vorgesehene Gliederung⁶⁰ wies Ähnlichkeiten mit den bereits im Januar 1944 vorgelegten ausführlichen Kapitulationsbedingungen⁶¹ auf und deckt sich überraschend weitgehend mit dem späteren Friedensvertragsentwurf⁶².

Als die USA im Januar 1947 bei den Vorverhandlungen in London vorschlugen, nicht einen Friedensvertrag *mit* sondern *für* Deutschland, ein sogenanntes „Friedensstatut“, auszuarbeiten, bot sich der UdSSR willkommener Anlaß, sich zum Fürsprecher Deutschlands zu machen und die Unterzeichnung des Friedensvertrags durch die deutsche Regierung und seine Ratifikation durch den „deutschen Staat“ zu fordern⁶³.

Während der Vorbereitung auf die Moskauer Tagung des Rats der Außenminister wurde die SED-„Viergruppe“ (Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Otto Grotewohl und Max Fechner) nach Moskau bestellt, um die Ansichten und Reaktion der „Einheitssozialisten“ u.a. im Zusammenhang mit dem Friedensvertrag zu testen. In die Vorstellungen Stalins wurden sie dabei nur partiell und mündlich

zum ersten Mal im Zusammenhang mit dem Friedensvertrag gebraucht und von Semenov und Smirnov in Anführungszeichen gesetzt.

⁵⁶ AVP RF, 0431/4/4/13, Bl. 9, Entwurf einer Verordnung des Ministerrats, 3. 1. 1947. Die Verordnung findet sich in AVP RF, 0431/4/1/5, Bl. 12.

⁵⁷ Vgl. Loth, Entstehung, in: Zarusky (Hrsg.), Die Stalin-Note, S. 33.

⁵⁸ AVP RF, 082/24/149/29, Bl. 6, Notiz von Smirnov und Semenov vom 4. 1. 1947.

⁵⁹ AVP RF, 082/34/148/29, Bl. 9 f., Sitzung der Friedensvertragskommission, 8. 1. 1947.

⁶⁰ Vgl. Kynin/Laufer, Bd. 3, 223–224, Entwurf der Friedensvertragsgliederung, Januar 1947.

⁶¹ Vgl. ebenda, Bd. 1, S. 365–398, Kapitulationsbedingungen für Deutschland, 3. 2. 1944.

⁶² Vgl. Loth, Entstehung, in: Zarusky (Hrsg.), Die Stalin-Note, S. 88–96.

⁶³ AVP RF, 06/9/47/698, Bl. 5 f., „Prozedur der Vorbereitung des deutschen Friedensvertrages“, 24. 1. 1947.

eingeweiht. Auf diese Weise entging ihnen einiges, was sich jetzt den Aufzeichnungen entnehmen läßt, die Semjonow während dieses Gesprächs anfertigte. Dort wird ersichtlich, daß Stalin weder der deutschen Einheit noch dem Abschluß eines Friedensvertrags reale Chancen einräumte. Er erklärte:

„Obgleich die Alliierten viel Geschrei um die wirtschaftliche Einheit Deutschlands machen, wollen sie in Wahrheit vier Deutschlands haben – ein russisches, ein britisches, ein amerikanisches und ein französisches. Aber sie verbergen dies und tarnen sich.

Was unsere Beziehungen zu den Alliierten anbelangt, so werden alle Fragen in Übereinstimmung gelöst. Es gibt keine Majorisierung. Wir sind nicht ihnen untergeordnet und sie nicht uns. [...]

Gen. Stalin sagt, die Alliierten würden uns beschuldigen, den Abschluß des Friedensvertrags hinauszuzögern, in Wirklichkeit würden sie es aber selbst tun.“⁶⁴

Bemerkenswert ist, daß Stalin den Westmächten keine aggressiven Absichten unterstellte, sondern, im Gegenteil, von deren Interesse an einem „russischen“ Teildeutschland ausging. Bemerkenswert ist auch sein Hinweis auf das Einstimmigkeitsprinzip. Diese nüchterne Einschätzung der Ausgangslage bot der UdSSR die Möglichkeit zu vielfältigen diplomatischen und propagandistischen Manövern in den bevorstehenden Friedensvertragsbesprechungen.

Auf der Moskauer Konferenz verzichtete die UdSSR darauf, ihre Forderungen in vertraulicher Form den Alliierten zur Kenntnis zu geben, sondern wählte dort, wo sowjetische Vorschläge tatsächlich eingebracht wurden, den Weg, sie durch Erklärungen Molotows bekanntzugeben. Diese wurden zwar in schriftlicher Form als offizielle Dokumente registriert, waren aber zur sofortigen Veröffentlichung bestimmt. Das Vorgehen war offensichtlich im Sinne Stalins, denn Vorschläge zur Lösung strittiger Fragen (Reparationen aus der laufenden Produktion) oder zur Klärung inhaltlicher „Grundlinien“ des Friedensvertrags wurden zwar vorbereitet, blieben aber ungenutzt. Dies betraf insbesondere den am 26. März 1947 fertiggestellten sowjetischen Entwurf der „Grundlinien zur Vorbereitung eines Friedensvertrags mit Deutschland“⁶⁵, den Molotow in Moskau mit den westlichen Siegermächten diskutieren wollte. Der Entwurf enthielt sämtliche Forderungen der UdSSR an ein solches Vertragswerk und stellte höchstwahrscheinlich eben jene Grundlinien eines Friedensvertrags mit Deutschland dar, deren Vorlage mehrfach angekündigt wurde, aber erst am 10. März 1952 erfolgte.

Obwohl die Moskauer Konferenz die Meinungsverschiedenheiten der Alliierten in der Frage des deutschen Friedensvertrags noch klarer offengelegt hatte, als ein Jahr zuvor die Pariser Tagung, stellte Stalin die zutage getretenen Differenzen

⁶⁴ Kynin/Laufer, Bd. 3, S. 261, Unterredung zwischen Stalin und der SED-Führung. In den Aufzeichnungen Piecks findet sich kein Hinweis auf diese Erklärung Stalins. Vgl. Rolf Badstübner/Wilfried Loth, Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945–1953, Berlin 1994, S. 111–114.

⁶⁵ Vgl. Kynin/Laufer, Bd. 3, S. 322–328, Entwurf einer Direktive, 26. 3. 1947.

gegenüber dem neuen US-Außenminister, George Marshall, als überbrückbar dar und erläuterte seine deutschlandpolitische Position folgendermaßen:

„Deutschland habe der Sowjetunion so viel Leid zugefügt, daß er, Gen. Stalin, keinen Grund habe, die deutsche Regierung oder die Deutschen zu lieben. Wenn die Sowjetunion dennoch gegen eine Teilung oder Zerstückelung Deutschlands in einzelne Länder sei, so nur deshalb, weil die Zerstückelung eine Gefahr für die Sache des Friedens in sich berge. [...] Die sowjetische Regierung habe Angst davor, das Instrument der Vereinigung Deutschlands aus der Hand zu geben und es den deutschen Chauvinisten und Revanchisten zu überlassen. Dies berge eine sehr große Gefahr für die Zukunft in sich und werde neue Bismarcks erschaffen. Die sowjetische Regierung wolle nicht, daß die Alliierten die Idee der Einheit Deutschlands aus der Hand geben.“⁶⁶

Demnach hätten die Alliierten das „Instrument der Vereinigung Deutschlands“ bzw. „die Idee der Einheit Deutschlands“ nur solange in ihren Hände behalten, wie Deutschland wirtschaftlich und politisch in Besatzungsgebiete bzw. Staaten geteilt blieb! Von einer solchen Schlußfolgerung war der Weg zur gegenseitigen Anerkennung ihrer jeweiligen Interessen in den unterschiedlichen Teilen (Zonen) Deutschlands nicht weit. Ob Stalin tatsächlich in eine derartige Richtung dachte, läßt sich vorerst nicht verifizieren. Fest steht jedoch, daß Moskau alle deutschen Initiativen zur Überwindung der Teilung mit außerordentlichem Mißtrauen beobachtete.⁶⁷

Mit seltener Offenheit machte Molotow auf das Dilemma der „gesamtdeutschen“ Politik der UdSSR aufmerksam, als er im November 1947 an die SMAD-Führung, die durch die gleichzeitige Abwesenheit von Sokolovskij und Semjonow geschwächt war, telegraphierte:

„Eine notwendige Voraussetzung für die Einberufung einer Beratung der Ministerpräsidenten, an der sich auch die Ministerpräsidenten der sowjetischen Zone beteiligen, muß die Einbeziehung der demokratischen Parteien, der Gewerkschaften und der bedeutenden gesellschaftlichen Organisationen sein, um der SED und den SED-freundlichen demokratischen Organisationen eine Stimmenmehrheit unter den Beratungsteilnehmern zu verschaffen. [...] Unsere Aufgabe besteht [...] darin, zu verhindern, daß die Idee einer gesamtdeutschen Beratung verfälscht und von den Anglo-Amerikanern zu SED-feindlichen Zielen mißbraucht wird.“⁶⁸

⁶⁶ Kynin/Laufer, Bd. 3, S. 357, Unterredung zwischen Stalin und Marschall, 15. 4. 1947.

⁶⁷ Am deutlichsten zeigte sich dies bei der Vorbereitung der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz im Mai/Juni 1947. Vgl. Jochen Laufer, Auf dem Wege zur staatlichen Verselbständigung der SBZ. Neue Quellen zur Münchener Konferenz der Ministerpräsidenten 1947, in: Historische DDR-Forschungen. Aufsätze und Studien, hrsg. von Jürgen Kocka, Berlin 1993, S. 27–55.

⁶⁸ Kynin/Laufer, Bd. 3, S. 545, Molotow an Dratvin, Makarov und Razin, 17. 11. 1947.

Bereits vor Beginn der Londoner Außenministertagung (25. November bis 15. Dezember 1947) gingen Smirnow und Semjonow davon aus, daß es auch auf dieser Sitzung nicht gelingen werde, ein Übereinkommen in den grundlegenden Fragen zu erreichen. Sie rechneten im Anschluß an den ergebnislosen Ausgang dieser Konferenz mit weiteren einseitigen Maßnahmen der Westmächte bis hin zu einem „Friedensdiktat“ für die Westzonen⁶⁹. Tatsächlich nahm die Tagung von Anfang an einen konfrontativen Verlauf. Dennoch drängte Molotow weiterhin auf den Abschluß eines Friedensvertrags mit Deutschland und unterbreitete den Vorschlag, innerhalb von zwei Monaten dessen „Grundlinien“ vorzulegen⁷⁰. Als diese Aufforderung in den Reihen der westlichen Delegationen „ein bemerkbares Lächeln“ hervorrief, zog der sowjetische Außenminister seinen Vorschlag zurück, widersetzte sich jedoch nicht dem Abbruch der Konferenz⁷¹.

Nicht nur in der Frage des Friedensvertrages, sondern auch in allen anderen Bereichen der Deutschlandpolitik waren die vier Besatzungsmächte nicht mehr zu Kompromissen bereit. Die Beziehungen der Alliierten in Deutschland steuerten auf eine Machtprobe zu. Stalin war im Frühjahr 1948 entschlossen, den USA mit allen verfügbaren Mitteln – unterhalb der Schwelle einer militärischen Konfrontation – entgegenzutreten. Als Ende März 1948 Pieck und Grotewohl nach Moskau bestellt wurden, war von einem baldigen Abschluß eines Friedensvertrags mit Deutschland nicht mehr die Rede. Stalin hielt jetzt die Entfaltung einer breiten, von der SED geführten Verfassungsdiskussion für besonders vordringlich. Darin erblickte er ein zusätzliches Mittel, um Druck auf die Westmächte auszuüben. Als Pieck über die Bildung zweier Kommissionen zur Vorbereitung der Verfassung und des Friedensvertrags berichtete, erklärte der sowjetische Staats- und Parteichef, daß

„die Einsetzung einer Kommission zur Vorbereitung des Friedensvertrags eine formale Angelegenheit sei. Die Ausarbeitung der Verfassung halte er, Stalin, hingegen für einen der wichtigsten Hebel, um die deutsche Bevölkerung auf die Einheit vorzubereiten. [...] Es gehe nicht darum, die Verfassung umzusetzen. Dies werde so bald nicht geschehen. Man müsse sie zu einem Hebel machen, um die Massen auf die Vereinigung Deutschlands vorzubereiten. Die Engländer und Amerikaner werden versuchen, die Deutschen zu kaufen, ihnen Vorzugskonditionen einzuräumen. Dagegen gebe es nur ein Mittel: die Leute geistig auf die Einheit vorzubereiten. [...] Die Vereinigung Deutschlands werde nicht auf einen Schlag kommen. Man müsse um die Einheit Deutschlands mit dem Mittel der Agitation und Propaganda ringen.“⁷²

Die intern angestellte Überlegung Stalins führte keineswegs zur Aufgabe der sowjetischen Forderungen nach einem Friedensvertrag mit Deutschland. Vielmehr wurden diese mit wechselnden Inhalten bis in die sechziger Jahre erhoben, doch sie zielten niemals auf den tatsächlichen Abschluß eines solchen Vertrags.

⁶⁹ Vgl. Kynin/Laufer, Bd. 3, S. 518–520, Smirnov und Semenov an Molotow, 1. 11. 1947.

⁷⁰ DDS, S. 130, Antrag der UdSSR, 3. 12. 1947.

⁷¹ AVP RF, 059/18/60/385, Bl. 141–144, Molotow an MID, 16. 12. 1947.

⁷² Kynin/Laufer, Bd. 3, S. 631 f., Unterredung Stalins mit der SED-Führung, 26. 3. 1948.

3. Zum Platz der sowjetischen Friedensvertragsinitiativen

Die bisherige Auseinandersetzung um die Stalin-Note vom 10. März 1952 hat noch nicht den Grundzusammenhang offengelegt: Ein Friedensvertrag mit Deutschland mußte, sollte er Bestand haben, eine von den beiden deutschen Staaten und der übergroßen Mehrheit der Deutschen ebenso wie von den vier Siegermächten und insbesondere den europäischen Nachbarn akzeptierte Lösung der deutschen Frage bieten. Bis 1990 waren weder die Deutschen in der Lage, die notwendigen Impulse zu geben (d. h. die Abtrennung eines Drittels des Reichsterritoriums von 1938 anzuerkennen, die Unabänderlichkeit der Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Ost-, Mittel- und Südosteuropa zu respektieren und gegenüber allen Opfern des Krieges und des Nationalsozialismus Wiedergutmachungen zu leisten), noch die Siegermächte fähig, gemeinsame Forderungen zu formulieren. Deshalb war ein Friedensvertrag mit Deutschland niemals ein Mittel, den Ost-West-Konflikt zu überwinden. Ein solcher Vertrag kam nie zustande, weil er selbst Teil dieses Konfliktes war. Die seit 1946 öffentlich immer wieder und immer nachdrücklicher zuerst durch die USA erhobene Forderung, einen Friedensvertrag bzw. ein Friedensstatut für ganz Deutschland abzuschließen, stand auf Seiten aller beteiligten Mächte im umgekehrten Verhältnis zur tatsächlichen Bereitschaft, die dazu notwendigen Kompromisse einzugehen.

Versuche, die Stalin-Note vom 10. März 1952 primär aus den zu dieser Zeit gegebenen weltpolitischen Bedingungen zu erklären, greifen zu kurz. Die sowjetische Friedensvertragspolitik wie auch die sowjetische Position zur Einheit Deutschlands waren weder Variablen des Ost-West-Konflikts noch schnell veränderbare Ziele der sowjetischen Deutschlandpolitik. Sie waren Bestandteil und flexibel gehandhabtes Mittel der sich langfristig entwickelnden sowjetischen Außenpolitik, auf die viele Faktoren einwirkten, die jedoch keineswegs von Stalin allein bestimmt werden konnte (obwohl er selbst in dieser Vorstellung lebte). Die Friedensvertragsinitiativen der UdSSR zielten in den Jahren vor und nach 1952 zum einen darauf, die fehlende Bereitschaft der Westmächte bloßzustellen, einen Friedensvertrag mit Deutschland abzuschließen, zum anderen sollten sie einen befürchteten Ausschluß der UdSSR von einer Friedensregelung mit dem westlichen Teil Deutschlands verhindern bzw. stören. Die Friedensvertragspolitik war nicht nur Teil der sowjetischen Deutschlandpolitik, sondern auch Teil der sowjetischen „Friedenspolitik“, mit der die UdSSR versuchte, der gesamten Welt ihre friedfertigen Absichten zu demonstrieren. Sie war kein situationsgebundener, propagandistischer Selbstzweck, sondern diente dazu, die gewünschte Entwicklung der DDR innerhalb des Ostblocks abzusichern und Menschen auf der ganzen Welt, und insbesondere in beiden Teilen Deutschlands für die Ziele sowjetischer Politik zu mobilisieren. Die Existenz der DDR garantierte der UdSSR, gegründet auf die ständig erhöhte eigene militärische Stärke, bis zur Mitte der achtziger Jahre den Erhalt des von ihr geführten Staatenblocks⁷⁵ und sicherte

⁷⁵ Vgl. Vladislav Zubok/Constantine Pleshakov, *Inside the Kremlin's Cold War. From Stalin to Khrushchev*, Cambridge/MA 1996, S. 164: „Kremlin leaders, Gromyko, Ustinov, and Andropov,

darüber hinaus ihr Mitspracherecht in bezug auf Deutschland als ganzes. Daneben – doch nicht zuletzt – sorgten die noch bis in die sechziger Jahre erhobenen Friedensvertragsforderungen auch dafür, daß der Status der UdSSR als Siegermacht des Zweiten Weltkriegs nicht in Vergessenheit geriet.

Bei den von Wilfried Loth sorgfältig edierten Quellen zur Stalin-Note vom 10. März 1952 wird ein Problem sichtbar – und hier schließt sich der Kreis –, das auf andere Weise auch die Quellenedition zur Politik der UdSSR in der deutschen Frage betrifft: Der Inhalt der einzelnen Quellenstücke läßt sich insbesondere im Hinblick auf die Entscheidungsprozesse nur im Kontext der sowjetischen Wahrnehmung der deutschen Entwicklung und der möglichst breiten Erfassung der Aktivitäten sowjetischer Stellen in der SBZ, den Westzonen und Berlin entschlüsseln⁷⁴. Dafür ist ein systematischer und nicht nur ein punktueller Quellenzugang in all den russischen Archiven notwendig, die die betreffenden Dokumente aufbewahren. Ohne Kenntnis des sowjetischen Verhaltens in Deutschland sind Mißverständnisse isolierter Quellentexte nicht auszuschließen, denn auch bei der sowjetischen Deutschlandpolitik zeigt sich die wahre Absicht in der Tat. Gerade hier liegt das Hauptproblem bei der Edition sowjetischer Quellen. Bei allen Fortschritten der Quellenerschließung in Moskau ist es noch immer schwierig, die verschiedenen Informations- bzw. Weisungswege vollständig zu erfassen. So beziehen sich beispielsweise deklassifizierte Dokumente aus dem Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten (MID) häufig auf Telegramme, die im dortigen Archiv nicht überliefert sind, sondern getrennt im Zentralen Militärarchiv oder im Archiv des ehemaligen Außenhandelsministeriums aufbewahrt werden. Gleiches trifft auf die vielfältigen Vorlagen für Stalin zu, die im MID nur als Entwürfe vorhanden sind, deren Originale (mit möglichen Vermerken Stalins) jedoch im Archiv des Präsidenten der Russischen Föderation unzugänglich bleiben. Solange ein umfassender und systematischer Zugang zu den sowjetischen Quellen nicht erreicht ist, bleibt es verfrüht, vom „Ende der Legende“⁷⁵ zu sprechen. Legenden leben fort und entstehen immer wieder neu, solange Quellen verschlossen bleiben ...

thought that nothing could justify the loss of the GDR, the linchpin of the Soviet »Socialist« bloc in Central Europe.“ Die sowjetische Intervention am 17. Juni 1953 bestätigte und zementierte diese Regel.

⁷⁴ Vgl. Jochen Laufer, Was war und wer entschied die deutsche Frage in Moskau?, in: Deutschland Archiv 34 (2001), S. 287–291.

⁷⁵ Vgl. Wilfried Loth, Das Ende der Legende. Hermann Graml und die Stalin-Note. Eine Entgegnung, in: VfZ 50 (2002), S. 653–664.